



Merkels Klimabilanz

Greenpeace zieht Bilanz: Die Klimaschutzpolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel zwischen 2005 und 2017



Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Klimaretterin oder Kohlekanzlerin?	3
Analyse: Noble Worte ohne Folgen	4
Die frühen Erkenntnisse der Bundeskanzlerin	4
Die Kanzlerin wird Ihren Ansprüchen nicht gerecht	4
Die Chance zum Neuanfang in der Klimaschutzpolitik verspielt	5
Der historische Beschluss zum CO ₂ -Ausstieg ist schnell vergessen	5
Die Kanzlerin fordert in Paris, was sie in Berlin nicht einlöst	5
Der Koalitions-Hickhack höhlt den Klimaschutz aus	6
Versprechen, die zu Wahlkampflügen werden könnten	6
Schlechtes Zeugnis für die „Klimakanzlerin“	7
Bilanz: Zwölf verlorene Jahre für den Klimaschutz	8
Die Treibhausgas-Emissionen steigen wieder	8
Deutschland verliert seine Vorreiterrolle	9
Merkel bremst, der Klimawandel beschleunigt sich	11
Die Kanzlerin für die Kohle – um jeden Preis	11
Ein Kanzleramt für die Konzerne	13
Festhalten an der Braunkohle	13
Staatshilfe für die Klimakiller	14
Vorfahrt für den Verbrennungsmotor	14
Fazit: Wirtschaftsinteressen gehen vor, der Klimaschutz bleibt auf der Strecke	15
Was jetzt zu tun ist: Die Forderungen von Greenpeace	16
Schneller Ausstieg aus der Kohle	16
Umbau des Energiesystems	16
Energiewende im Verkehrssektor	16
Reform der Landwirtschaft	16
Stärkung der Forstwirtschaft	16
Impressum	17

Einleitung: Klimaretterin oder Kohlekanzlerin?

Es sind die Fotos der Kanzlerin im roten Anorak vor schmelzenden Gletschern beim Besuch in Grönland 2007¹⁾ oder die Inszenierung des G7-Gipfels vor der Alpenkulisse in Elmau 2015 die das Bild der „Klimakanzlerin“ in Deutschland und der Welt geprägt haben.

Auf internationalem Parkett gibt Angela Merkel gerne die unerschrockene Kämpferin für den Schutz des Weltklimas: Wenn sich die Mächtigen dieser Welt treffen, auf den G7- und G20-Gipfeln der führenden Staats- und Regierungschefs, hat sich die deutsche Regierungschefin in den vergangenen Jahren immer wieder für den Abbau von Treibhausgasemissionen stark gemacht.

Auf den Klimakonferenzen trat Deutschland unter ihrer Führung als Vorreiter im Kampf für den Klimaschutz auf – so etwa in Paris, als sich die Weltgemeinschaft 2015 mit der Unterzeichnung des historischen Klimaschutzabkommens dazu verpflichtete, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter zwei Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad zu begrenzen.²⁾

Und Merkel wird auch nicht müde, den deutschen Beitrag zum Klima öffentlichkeitswirksam herauszustellen. Vor zehn Jahren hat die Bundesregierung in den sogenannten Meseberger Beschlüssen die Eckpunkte für ein „Integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm“ beschlossen. Damit setzte die erste von Angela Merkel geführte Bundesregierung das Ziel, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu vermindern.³⁾

Ein Versprechen, dass die CDU-Vorsitzende auf Stimmenfang im vergangenen Bundestagswahlkampf wiederholte – obwohl sie wissen muss, dass diese Vorgabe ohne einen radikalen Politikwechsel nicht mehr zu erreichen ist.

Denn zwischen dem Anspruch, den Merkel auf großer internationale Bühne ebenso wie in den Wahlkampfarenen verkündet, und den konkreten Ergebnissen ihrer Klimapolitik klafft eine Riesenlücke: Die Kanzlerin setzt zuhause nicht um, was sie als globale Klimapolitikerin einfordert und sie kann nicht halten, was sie ihren Wählern verspricht.

Die Bilanz nach zwölf Jahren Merkel fällt zu Beginn der vierten Amtsperiode der Kanzlerin ernüchternd aus: Deutschland droht seine Ziele beim Abbau der Treibhausgasemissionen zu verfehlen und verspielt seine Rolle als Vorreiter beim Klimaschutz.

1) Die Bundesregierung: Kanzlerin Merkel in Grönland (<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Fotoarchiv/2007/08/2007-08-16-bundeskanzlerin-merkel-in-groenland-2006.html>)

2) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (<http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/pariser-abkommen/>)

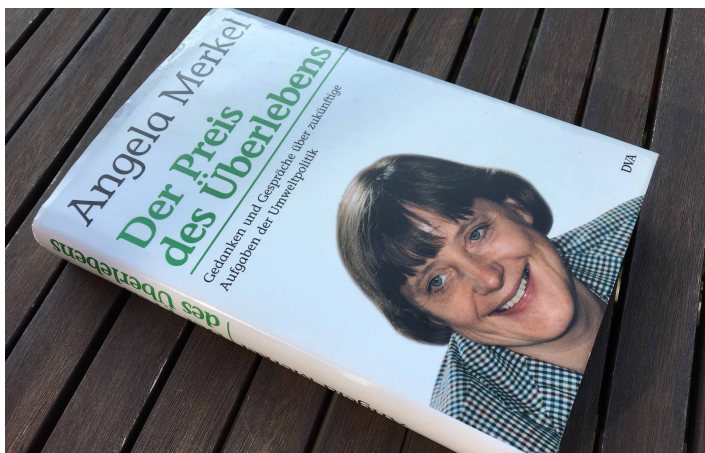
3) Umweltbundesamt, Climate Change 01/2012: „Ermittlung der Klimawirkung des Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms der Bundesregierung IEKP“

Analyse: Noble Worte ohne Folgen

Die frühen Erkenntnisse der Bundesumweltministerin

Tatsächlich hat Angela Merkel den Klimaschutz schon in den ersten Jahren ihrer bundespolitischen Karriere für sich entdeckt. In ihrer Rolle als Umweltministerin unter Bundeskanzler Helmut Kohl (1994–1998) leitet sie die erste UN Klimakonferenz in Berlin. „Der Klimaschutz erfordert rasches und energisches Handeln“, stellt sie vor Konferenzbeginn im März 1995 in einem Zeitungsinterview fest. Dazu müssten die Treibhausgasemissionen nicht nur stabilisiert sondern so schnell wie möglich reduziert werden.⁴⁾

Nachdem auf der Berliner Konferenz die Weichen für eine Weiterentwicklung der 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Klimarahmenkonvention gestellt wurden, beschreibt Merkel in einer Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung die „nationale Aufgabe und Herausforderung“ der Bundesregierung: „Überzeugendes nationales Handeln ist die Basis, um auch in den anstehenden internationalen Verhandlung zum Klimaprotokoll gegenüber anderen Ländern für die internationale Begrenzung und Verminderung von Treibhausgasemissionen erfolgreich eintreten zu können.“⁵⁾ Und die promovierte Physikerin erkennt in dem zwei Jahre später von ihr herausgegebenen Gesprächsband „Der Preis des Überlebens“, dass mit dem Anspruch, jedem Menschen auf der Welt gleiche Emissionen auf dem Niveau der Industrieländer zu erlauben, der Klimaschutz politisch nicht durchzusetzen ist. Die Menschen in Deutschland müssten daher auf ein mögliches Sinken ihres Wohlstands vorbereitet werden.⁶⁾



„Deutschland hat sich ein CO₂-Reduktionsziel von minus 25 % bis zum Jahr 2005 bezogen auf das Niveau von 1990 gesetzt. Dieses Ziel ist allgemein anerkannt und wird von allen gesellschaftlichen Gruppen akzeptiert. Jetzt kommt es darauf an, das allgemeine CO₂-Minderungsziel herunterzubrechen auf die verschiedenen Verursacher.“
Angela Merkel in ihrem Buch aus dem Jahr 1997 „Der Preis des Überlebens“

Die Kanzlerin wird ihren Ansprüchen nicht gerecht

Eine ebenso wichtige wie unbequeme Erkenntnis, der sich Merkel nicht mehr stellen mag, seit sie mit der Bundestagswahl 2005 die Regierungsverantwortung als Kanzlerin der ersten Großen Koalition übernommen hat. Lieber profiliert sie sich als Vorkämpferin und Antreiberin für den globalen Klimaschutz – und sieht Deutschland und die EU dabei als Vorreiter. „Wir haben bis jetzt aus anderen Regionen der Welt noch nicht ausreichende Verpflichtungen, was die Reduktionsraten angeht“, mahnt sie im September 2009 vor dem G20-Gipfel in Pittsburg, mit Blick auf den die bevorstehende UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember des gleichen Jahres.⁷⁾

Tatsächlich wird die Kanzlerin mit ihrer nationalen Klimapolitik schon damals ihren auf Gipfeltreffen und Klimakonferenzen formulierten Ansprüchen nicht gerecht. Dem stehe etwa die Planung von bis zu 28 neuen Kohlekraftwerken in Deutschland entgegen, stellt Greenpeace in einer Analyse im Vorfeld der Weltklimakonferenz fest. Zudem habe Merkel in Brüssel als Sprachrohr der Industrielobby ambitionierte Ziele bei den CO₂-Grenzwerten im Automobilsektor verhindert. Das erklärte Ziel, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, scheine unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. „Schöne Worte können das Klima nicht retten. Es muss Schluss sein mit dieser rein symbolischen Klimapolitik“, fordert der Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid.⁸⁾

In ihrer zweiten Amtszeit nach 2009 lässt Merkel den Koalitionspartner FDP gewähren, der als Vertreter von Wirtschaftsinteressen immer wieder als Bremser antritt, um das Erreichen der Reduktionsziele zu verhindern. Etwa, indem der Versuch einer EU-Reform des Emissionshandels durch eine vorübergehende Verknappung von Emissionsrechten vom liberalen Wirtschaftsminister Philipp Rösler blockiert wird – die Kanzlerin gibt nach, um den Koalitionsfrieden zu wahren.⁹⁾ Eine Reparatur des Emissionshandels sei „gegen die geballte deutsche Wirtschaft“ vorerst nicht machbar, begründet sie ihre Zurückhaltung.

Vor der Klimakonferenz in Doha 2012 ist das Auseinanderklaffen zwischen dem postulierten Anspruch der „Klimakanzlerin“ und den Defiziten der deutschen und europäischen Politik zum Schutz des Weltklimas noch offensichtlicher geworden. Auf europäischer Ebene hat die Regierungschefin des größten EU-Mitgliedslandes nicht viel erreicht. Polen hat als bedeutender

4) „Der Klimaschutz erfordert rasches und energisches Handeln“, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 12, 23.03.1995, S.4

5) Hartmut Graß/Angela Merkel: „Ist unser Klima noch zu retten?“, Aktuelle Fragen der Politik, Heft 30, Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1995

6) Angela Merkel: „Der Preis des Überlebens“, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1997

7) „Merkel fordert zusätzliche Boni-Regelungen von der G 20“, Spiegel Online, 18.09.2009

8) Greenpeace Presseerklärung vom 06.11.2009: „Merkel zeigt laut Greenpeace-Analyse mangelndes Engagement im Vorfeld zur Weltklimakonferenz in Kopenhagen“

9) „Deutschland torpediert den Klimaschutz“, Spiegel Online, 19.02.2013

Kohleproduzent eine Einigung der EU auf schärfere Reduktionsziele verhindert. Der Emissionshandel, das wichtigste Instrument der Gemeinschaft gegen den Klimawandel sei „zum Pflafer geworden“, urteilt „Der Spiegel“. Die Kanzlerin lasse ihren Umweltminister Peter Altmaier ohne Rückendeckung und mit leeren Händen nach Doha fahren. „Ich sehe nicht, dass innerhalb der EU jemand erkennbar Druck ausüben oder gute Lösungsansätze vorlegen würde“, zitiert das Magazin den damaligen Leiter des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth.¹⁰⁾

Die Chance zum Neuanfang in der Klimaschutzpolitik verspielt

So nimmt Merkel hin, dass der CO₂-Ausstoß 2012 in Deutschland zum ersten Mal seit Jahren wieder deutlich angestiegen ist, weil die Kohleverstromung ohne wirkungsvolle Regulierung zunimmt. Klimaschützer und Wissenschaftler zeigen sich vor der Wahl 2013 enttäuscht über die „Klimakanzlerin“: „Ich kann im Moment nicht erkennen, dass Frau Merkel tatsächlich ernsthaft Klimaschutz betreibt“, sagt Professor Mojib Latif von der Universität Kiel.¹¹⁾

Bei der Neuaufgabe der Großen Koalition 2013 lässt Merkel die Chance eines Neuanfangs in der nationalen Klimaschutzpolitik ungenutzt verstreichen. Im Koalitionsvertrag mit der SPD verzichtet sie darauf, eine echte Reform des Emissionshandels zu vereinbaren, die die Menge der Zertifikate dauerhaft vermindert, um so den Preisverfall zu verhindern und die Kosten des Stroms aus fossilen Kraftwerken steigen zu lassen. Zugleich können sich SPD und CDU/CSU nicht dazu durchringen, ein Ziel für die Treibhausgasemissionen bis 2030 festzuschreiben, das über die für 2020 angestrebten 40 Prozent hinausreicht. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll von 22,6 Prozent bis 2025 lediglich auf 40 bis 45 Prozent steigen. Damit wäre gerade einmal die Stromproduktion ausgeglichen, die bis 2022 mit der Abschaltung der Atomkraftwerke wegfällt – ein Kohleausstieg ist so nicht zu gestalten. „Noch bevor sie angetreten ist, hat die Große Koalition vor den Herausforderungen des Klimaschutzes kapituliert“, bewertet „Die Zeit“ im Dezember 2013 das Ergebnis der Verhandlungen von CDU/CSU und SPD. „Dass die Energiewende der Startschuss für eine Art Apollo-Programm werden könnte – diesen Geist atmet der Koalitionsvertrag mit keiner Zeile.“ Stattdessen sprächen aus dem Text „Krämerseelen“, die sich nur noch über die Kosten der Energiewende sorgten, die es zu begrenzen gelte.¹²⁾

Der historische Beschluss zum CO₂-Ausstieg ist schnell vergessen

Die Niederungen der nationalen Klimapolitik lässt die Kanzlerin da lieber hinter sich, um erneut auf internationaler Bühne zu glänzen. Auf dem G7-Gipfel, den Deutschland 2015 im bayerischen Elmau ausrichtet, nutzt die Gastgeberin die Gelegenheit,

um ihr Renomé als Klimakanzlerin wieder aufzupolieren: „Wir haben uns dazu bekannt, dass wir im Laufe dieses Jahrhunderts eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft brauchen“, verkündet sie zum Abschluss des Gipfels. Das „historische Klimaversprechen“, das die deutsche Regierungschefin den Führern der größten Industriemächte der Welt abgerungen hat, nötigt sogar Umweltschutzorganisationen Respekt ab. Auch Greenpeace attestiert der Kanzlerin, in Elmau „geliefert“ zu haben.

Damit hat Merkel zwar eine wichtige Grundlage für den späteren Erfolg des Klimaschutzabkommens von Paris gelegt. Doch während sie noch für den Erfolg von Elmau gelobt wird, hat die Kanzlerin in ihrer nationalen Klimaschutzpolitik die guten Vorsätze schon wieder vergessen. So gibt sie kurz nach dem Gipfel dem Drängen der Energiekonzerne nach, eine vom grünen Staatssekretär Rainer Baake im von SPD-Chef Sigmar Gabriel geführten Bundeswirtschaftsministerium erdachte Klimaabgabe schnell wieder zu kassieren. Die hätte nämlich als eine Art Straf-abgabe auf CO₂-Emissionen erhoben werden sollen und vor allem die Stromproduktion in alten Braunkohlekraftwerken verteuert. Damit wäre der Betrieb der Dreckschleudern weniger wirtschaftlich geworden und der Ausstieg ein Stück näher gerückt. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum gerade postulierten Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung. So bleibt es aber vorerst weiter dabei, dass billiger Kohlestrom aus deutschen Kraftwerken in die Netze der Nachbarländer exportiert wird. „In Elmau stellt sich Merkel vor die Berge und redet von Dekarbonisierung, und in Berlin scheitert sie an den ersten, zaghaften Schritten“, kritisiert der grüne Energieexperte Oliver Krischer diese energiepolitische Geisterfahrt der gerade noch international gefeierten Kanzlerin.¹³⁾

Die Kanzlerin fordert in Paris, was sie in Berlin nicht einlöst

Wenige Monate später fordert Merkel auf der UN-Klimakonferenz in Paris ein, was sie selbst in Berlin nicht einlöst: Ehrgeizig, umfassend, fair und bindend müsse ein globales Klimaabkommen sein, belehrt Merkel die Delegierten am ersten Konferenztag Ende November. „Das ist nicht nur eine Frage ökologischer Notwendigkeit, sondern auch wirtschaftlicher Notwendigkeit. Es ist eine Frage der generationenübergreifenden Gerechtigkeit, eine Frage der Menschlichkeit und ja, es ist auch eine Frage der Zukunft der Menschheit“, so die Kanzlerin weiter. Deshalb müsse die Konferenz ein glaubhaftes Signal aussenden, dass das Ziel, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, erreicht werden könne und eine Dekarbonisierung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts eingeleitet werde.

Merkel bekräftigt vor der UN-Klimakonferenz auch erneut Deutschlands Ziele, die CO₂-Emissionen bis 2020 verglichen mit dem Niveau von 1990 um 40 Prozent zu senken und um 80 bis 95 Prozent bis 2050. Doch was ist dieses Versprechen wert, solange Deutschland nicht durch glaubwürdiges Handeln demons-

10) „Die Luftnummer“, Der Spiegel, 48/2012, S. 32–34

11) „Auf Eis gelegt: Wie die Kanzlerin den Klimaschutz ausbremst“, Monitor, ARD, 08.08.2013

12) „Energiewende rückwärts“, Die Zeit 50/2013, 05.12.2013, S. 26

13) „Lieber Schein als Sein“, Der Spiegel 25/2015, S. 38–39

triert, dass die Kanzlerin ihre Versprechen auf internationalen Gipfeln und Konferenzen zuhause auch umsetzt? „Mit Blick auf Deutschland war Merkels Rede eine Enttäuschung“, bewertet Greenpeace-Klimaexperte Martin Kaiser den Auftritt der deutschen Regierungschefin. „Kein einziges Wort über den notwendigen Kohleausstieg, der essentiell ist, um die noblen Worte der Kanzlerin zur Dekarbonisierung Wirklichkeit werden zu lassen.“¹⁴⁾

Die Delegierten der Klimakonferenz gehen am Ende noch einen Schritt weiter, als von der „Klimakanzlerin“ gefordert, und beschließen im historischen Pariser Klimaschutzabkommen, die Erderwärmung nicht nur auf zwei Grad sondern möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. „Es ist eine Jahrhundertaufgabe, die nun vor uns liegt“, konstatiert Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) nach der Konferenz „Das haben tatsächlich noch nicht alle begriffen.“¹⁵⁾ Eine Bundesregierung, die das Abkommen ernst nimmt, müsste spätestens jetzt eine radikale Wende in der nationalen Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik einleiten. Sie müsste den Ausstieg aus der Kohleverstromung beschließen und das Ende des Verbrennungsmotors einläuten. Das Öko-Institut, das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung und das Institut für Ressourceneffizienz und Energiestrategien legen im Juni 2016 eine Studie vor, in der sie vorrechnen, was geschehen muss, um das Ziel der Emissionsminderung um 80 bis 95 Prozent bis 2050 in Deutschland zu erreichen: Dazu brauche es mindestens einen „vollständigen oder nahezu vollständigen Ausstieg aus der Nutzung von Braun- und Steinkohle“. Ein Absenken der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent bedeute den nahezu vollständigen Verzicht auf die Nutzung aller fossilen Energieträger – einschließlich Öl und Gas.¹⁶⁾

Der Koalitions-Hickhack höhlt den Klimaschutzplan aus

Doch die Verhandlungen bis zum Abschluss des „Klimaschutzplans 2050“, der die Umsetzung der Pariser Beschlüsse in nationale Politik regeln soll, erweisen sich als äußerst zäh. So wird das Ziel, mit dem beschlossenen Plan auf der Klimakonferenz in Marrakesch im November 2016 international erneut glänzen zu können, nur knapp erreicht – nach wochenlangem Hickhack unter den Berliner Koalitionären. Gegen die erste Fassung, die Bundesumweltministerin Hendricks vorlegte, läuft die CDU/CSU-Fraktion Sturm, weil der Entwurf „eine Gefahr für Wirtschaft, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt“ darstelle.¹⁷⁾ Die Bundesministerien für Verkehr, Landwirtschaft und Wirtschaft melden ebenfalls zahlreiche Vorbehalte an.

Hendricks fordert ein Machtwort der Regierungschefin. Schließlich habe sie ihre Vorschläge zur Einhaltung der Klimaziele vor der Veröffentlichung ihrer Fassung des Klimaplanes mit dem

Kanzleramt besprochen. „Wenn die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin etwas wert ist, müsste der Vorschlag nahezu unverändert aus den Ressorts zurückkommen.“¹⁸⁾ Doch statt entschlossen zu handeln und der Umweltministerin im Kampf für den Klimaschutz zur Seite zu stehen, legen Merkel und Hendricks’ Parteifreund und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ihr Veto ein. Sie wollen eine strenge Regulierung der Industrie und insbesondere der Braunkohlekonzerne verhindern, weil sie den Verlust von Arbeitsplätzen fürchten. Die Industriegewerkschaft IG BCE und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) machen gemeinsam Front gegen den Plan, insbesondere gegen den Vorschlag, dass sich eine Kommission mit dem Ausstieg aus der Braunkohle befassen soll. „Angela Merkel hat wochenlang tatenlos zugehört, wie der Klimaschutzplan ausgehöhlt und zerschossen wurde“, kritisiert Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter den mangelnden Einsatz der Kanzlerin.¹⁹⁾

So bleibt am Ende der Zeitpunkt für den Kohleausstieg offen, die Emissionsbudgets für die Energiebranche und die Industrie bis 2030 werden deutlich erhöht. Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen, werden nicht genannt. Ganz gestrichen wird der im ersten Entwurf enthaltene Satz: „Neue Kohlekraftwerke und Tagebauerweiterungen würden zu Fehlinvestitionen führen und werden daher unterbleiben“. Stattdessen ist nur noch von einer schrittweisen Verringerung der Kohleverstromung die Rede. Auch Forderungen nach Mindestpreisen im europäischen Emissionshandel und nach Vorgaben für den Verbrennungsmotor tauchen in der finalen Fassung des Klimaschutzplans nicht mehr auf.²⁰⁾

Versprechen, die zu Wahlkampflügen werden könnten

Als es wenige Monate später darum geht, im Bundestagswahlkampf 2017 bei den Bürgern zu punkten und sich für eine vierte Amtszeit zu bewerben, beteuert die Kanzlerin in der TV-Wahlarena dennoch ihr Festhalten an den klimapolitischen Vorgaben: „Wir werden Wege finden, wie wir bis 2020 unser 40-Prozent-Ziel einhalten“, sagt sie einer Zuschauerin. „Das verspreche ich Ihnen.“

Ein Versprechen, das sich ohne Kohleausstieg schon bald als haltlos erweisen dürfte. Denn um es nicht zur Wahlkampflüge werden zu lassen, müsste Deutschland in den kommenden drei Jahren noch einmal 90 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen. Das ist ohne das Abschalten von Kohlekraftwerken nicht zu schaffen. Der Versuch, das Emissionsziel mit einem „Aktionsprogramm Klimaschutz“ noch zu erreichen, droht zu misslingen. Im Rahmen dieses Programms sollen etwa Handwerker zu mehr Energieeffizienz angeleitet werden, die Wärmedämmung von Häusern gefördert und Kraftwerksbetreiber mit

14) „COP21 - Day 1: Merkel says decarbonisation needed, but mum on coal“, Clean Energy Wire, 30.11.2015

15) „Wir werden anders leben“, Der Spiegel 52/2015, S.27

16) „Überblick über vorliegende Szenarienarbeiten für den Klimaschutz in Deutschland bis 2050“, Öko Institut, Fraunhofer ISI, IREEES GmbH, Juni 2016

17) „Klimaschutzplan? Gefahr für Wirtschaft und Wohlstand“, Handelsblatt.com, 20.10.2016

18) „Hendricks fordert Machtwort der Kanzlerin“, Zeit Online 02.11.2017

19) „Regierung einigt sich auf Klimaschutzplan“, Zeit Online, 11.11.2016

20) „Klimaplan: Zugeständnisse an Industrie“, Klimaretter.info, 11.11.2016

finanziellen Hilfen zum Abschalten von acht Braunkohlekraftwerksblöcken bewegt werden. Doch in einem Projektionsbericht, den die Bundesregierung im Mai vor der Wahl nach Brüssel geschickt hat, ist nur noch von einer Verminderung der Emissionen um maximal 35,7 Prozent die Rede.²¹⁾

Schlechtes Zeugnis für die „Klimakanzlerin“

Und selbst diese Prognose scheint schon kurz nach der Wahl kaum mehr zu halten zu sein: Anfang Oktober werden Berechnungen aus dem von der scheidenden SPD-Ressortchefin Hendricks geführten Bundesumweltministerium öffentlich, nach denen nur noch ein Abbau der Emissionen zwischen 31,7 und 32,5 Prozent zu erwarten ist. Das unerwartet hohe Wirtschaftswachstum, die niedrigen Energiepreise, der weiter steigende Stromexportüberschuss und die Bevölkerungszunahme seien die wesentlichen Treiber dieser Entwicklung, heißt es in dem internen Papier. „Eine Zielverfehlung in einer solchen Größenordnung wäre für die Klimaschutzpolitik Deutschlands ein erheblicher Rückschlag“, befinden die Experten aus dem Ministerium – und stellen der seit zwölf Jahren regierenden „Klimakanzlerin“ ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis aus: Wenn die Bundesrepublik das angestrebte Ziel verfehle, „wäre dies auch in Bezug auf das internationale Ansehen Deutschlands als Klimaschutzvorreiter verheerend“.²²⁾

21) „Deutschland hinkt seinem Klimaziel hinterher“, Süddeutsche.de, 11.10.2017

22) Aktuelle Einschätzung zur Erreichung des Klimaschutzziels für 2020 des AG KI I 1 vom 04.10.2017

Bilanz: Zwölf verlorene Jahre für den Klimaschutz

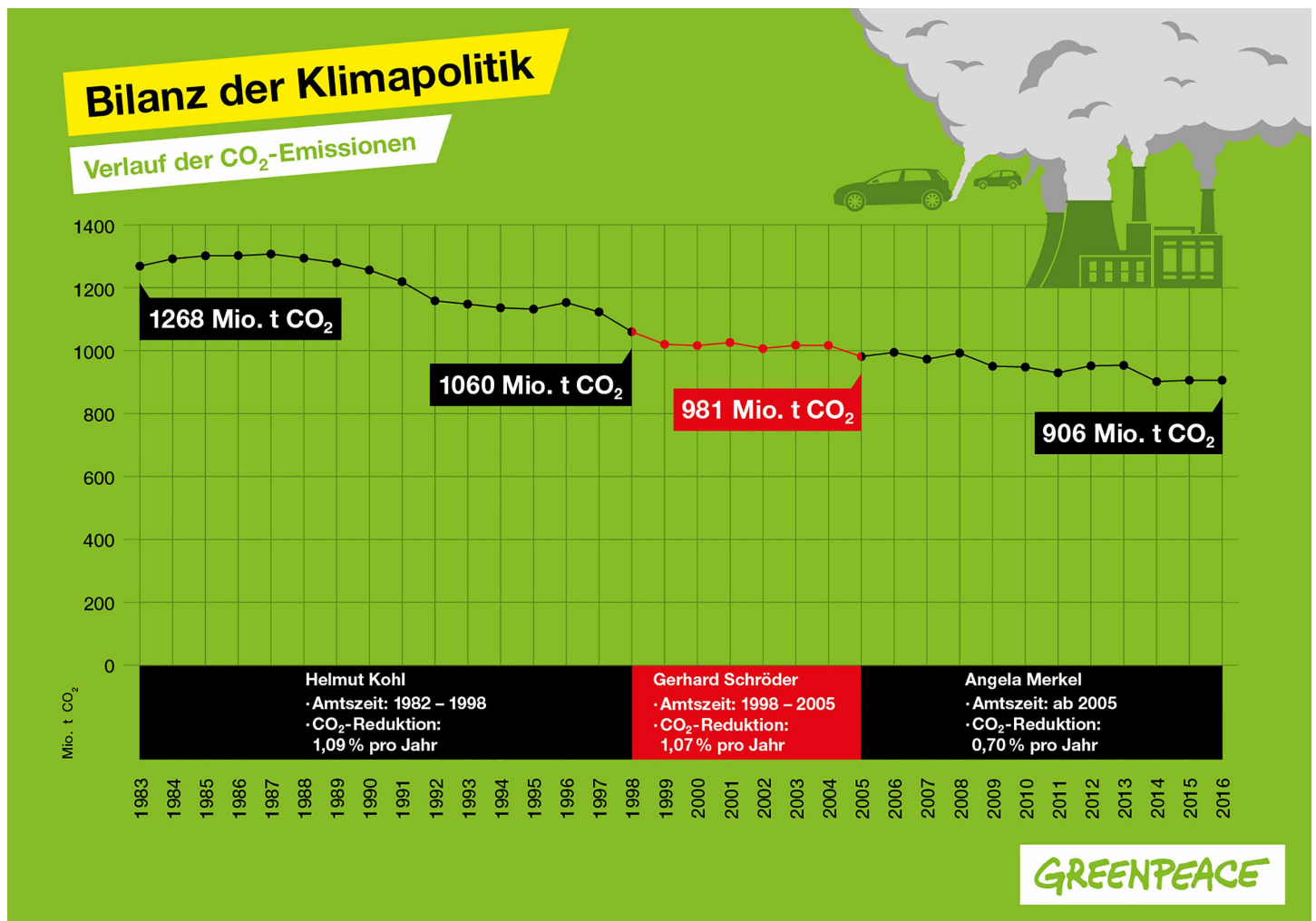
Die Treibhausgas-Emissionen steigen wieder

Es ist ein trauriges Ergebnis, das das Umweltbundesamt im März 2017 für das vorangegangene Jahr verkünden muss: Erneut sind die Emissionen von Treibhausgasen in Deutschland gestiegen. Fast 906 Millionen Tonnen wurden freigesetzt – rund vier Millionen Tonnen mehr als 2015.

Ein weiteres verlorenes Jahr für den Klimaschutz also. Damit entfernt sich Deutschland weiter vom erklärten Ziel, die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Vier Jahre vor dem Ende der Periode sind gerade einmal 27,6 Prozent erreicht. Die Bundesregierung müsste beim Klimaschutz einen Endspurt starten, um ihre Zusagen einzuhalten – und legt unter Merkels Führung den Rückwärtsgang ein.²³⁾

In der Regierungszeit von Angela Merkel ist der Abbau der Treibhausgase praktisch zum Erliegen gekommen. Dabei schneidet die „Klimakanzlerin“ auch im Vergleich mit ihren Amtsvorgängern schlecht ab. Unter Helmut Kohl konnte Deutschland zwischen 1982 und 1998 eine durchschnittliche jährliche Reduktion der CO₂-Emissionen um 1,09 Prozent verbuchen – nicht zuletzt dank der Stilllegung von Dreckschleudern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Mit der von Gerhard Schröder geführten rot-grünen Bundesregierung, die mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die Energiewende einleitete, gelang zwischen 1998 und 2005 immer noch ein durchschnittlicher jährlicher Rückgang von 1,07 Prozent.

Unter Merkel ist dieser Wert im Jahresdurchschnitt seit 2005 auf nur noch 0,7 Prozent geschrumpft.²⁴⁾



23) „Klimabilanz 2016: Verkehr und kühle Witterung lassen Emissionen steigen“, Presseerklärung Umweltbundesamt, 20.03.2017

24) EDGAR Emissions Database for Global Atmospheric Research: Global CO₂ emissions from fossil fuel use and cement production 1970-2015, eigene Berechnungen

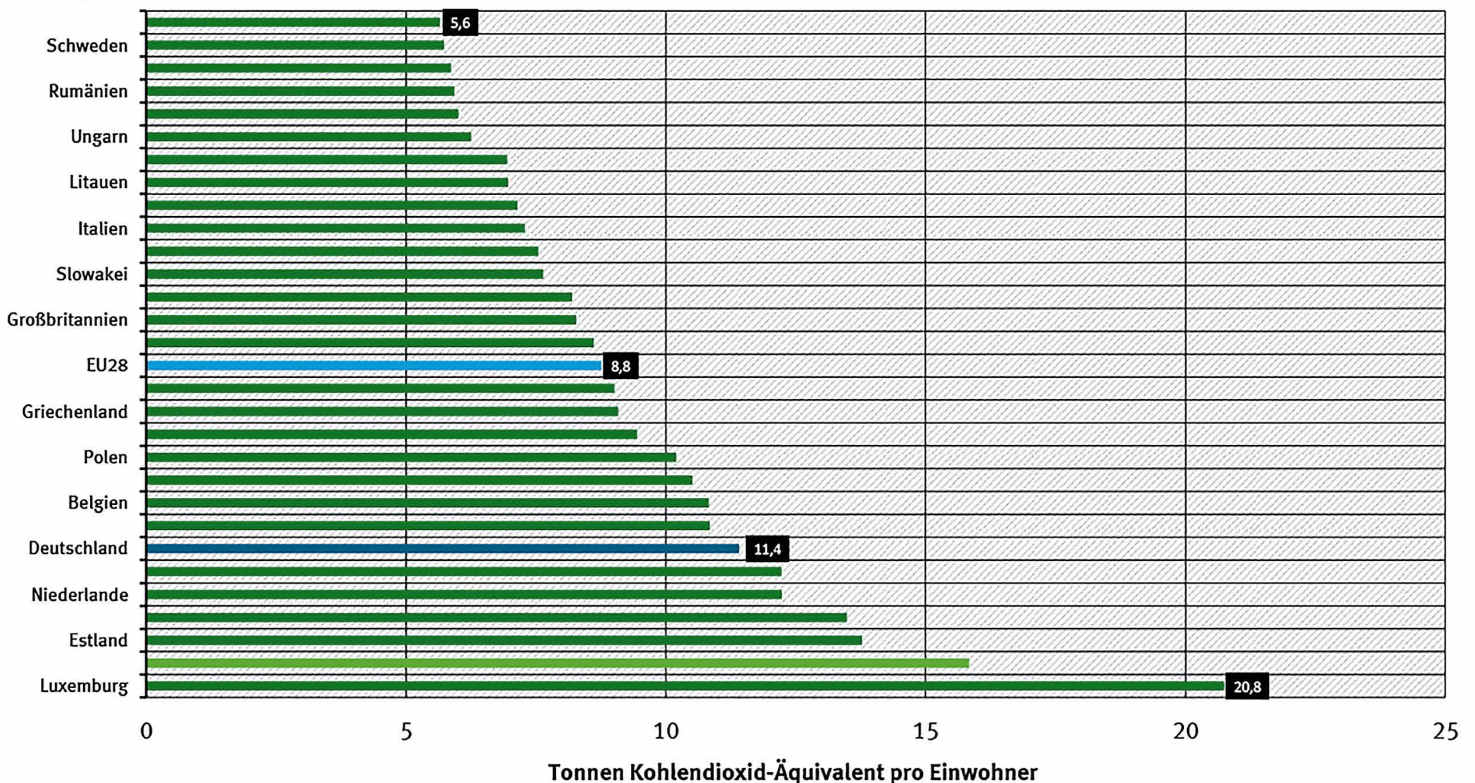
Merkel habe eine fatale Schwäche: Sie gebe der Lobbymacht der deutschen Industrie nach, analysiert der Kolumnist des renommierten britischen „Guardian“, George Monbiot. Wann immer die deutsche Kanzlerin die Wahl zwischen dem Festhalten an ihren ethischen Prinzipien und einem politischen Vorteil habe, entscheide sie sich für letzteres. So habe sie auf Geheiß der deutschen Autohersteller strenge Abgasnormen abgewehrt, das europäische System des Emissionshandels sabotiert. „Und vielleicht am beschämendsten ist Deutschlands schockierendes Versagen bei der Dekarbonisierung der Stromwirtschaft.“ Obwohl Milliarden in den Ausbau der Erneuerbaren geflossen seien, machten inzwischen andere Länder in Europa vor, wie sich Treibhausgasemissionen wirksam senken lassen.²⁵⁾

Deutschland verliert seine Vorreiterrolle

Seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz hat Deutschland – gemessen an den Fakten – längst eingebüßt. Dank des zügigen Ausbaus der regenerativen Energie und des steigenden Anteils von Strom aus Sonne und Wind galt die Bundesrepublik lange als Vorbild, das der Welt demonstrierte, wie der Ausstieg aus der fossilen Energie gelingen kann. Unter Merkels Kanzlerschaft ist dieser Vorsprung verspielt worden. Stattdessen zeigen nun etwa die Briten wie es geht: Zwischen 1990 und 2015 senkten sie die Klimagasemissionen um 36,6 Prozent und sind damit Deutschland um fast neun Prozentpunkte voraus. Beim Rückgang der CO₂-Emissionen pro Kopf schneiden auch Frankreich und Italien besser ab.²⁶⁾ Mit Treibhausgas-Emissionen von 11,4 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent pro Einwohner rangiert Deutschland im europäischen Vergleich nur noch im unteren Mittelfeld und liegt deutlich unter dem EU-Schnitt von 8,8 Tonnen.²⁷⁾

Treibhausgas-Emissionen der Europäischen Union im Vergleich 2015

Pro-Kopf-Emissionen



Quelle: Europäische Umweltagentur - European Environment Agency (EEA): EEA greenhouse gas - data viewer
<http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/data-viewers/greenhouse-gases-viewer>

Quelle Grafik:
<https://www.umweltbundesamt.de/print/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-der-europaeischen-union>

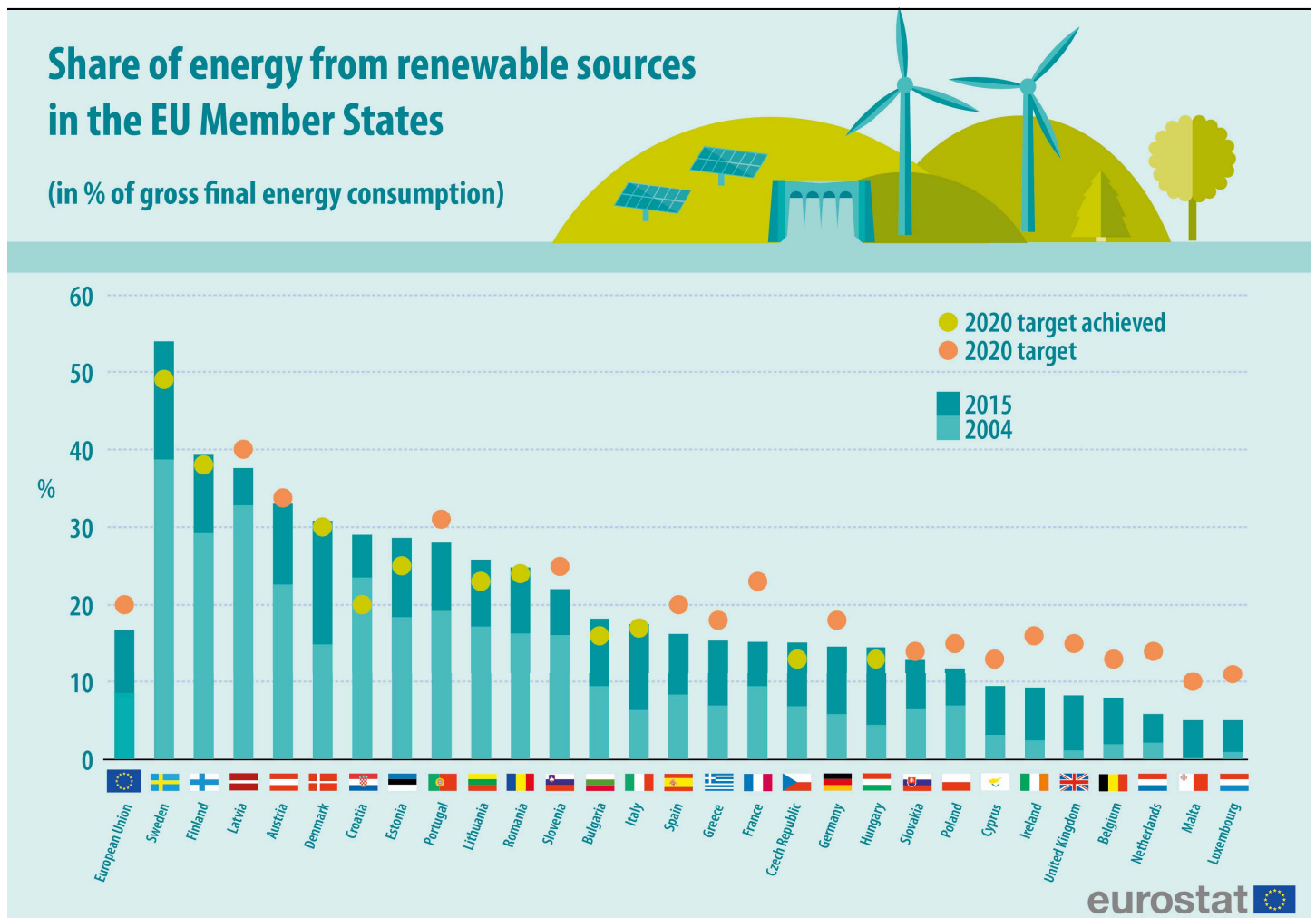
25) „Who’s the World’s leading eco-vandal? It’s Angela Merkel“, Theguardian.com, 19.09.2017

26) British Gas: Carbon Emissions around the World, 1992–2014 (<https://www.britishtgas.co.uk/the-source/carbon-emissions/>)

27) „Treibhausgas-Emissionen in der Europäischen Union“, Bundesumweltamt, 04.09.2017 (<https://www.umweltbundesamt.de/print/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-der-europaeischen-union>)

Auch beim Ausbau der regenerativen Energien fällt der einstige Pionier Deutschland unter Merkel zurück. Im europäischen Vergleich liegt die Bundesrepublik abgeschlagen im hinteren Mittelfeld.²⁸⁾ Nach Berechnungen des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) droht Deutschland das für 2020 festgelegte EU-Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch deutlich zu verfehlen. Das sollte laut EU-Richtlinie bei 18 Prozent liegen. Unter den derzeitigen Bedingungen sei aber nur ein Anstieg auf 16 Prozent zu erwarten. In diese Kalkulation gehen nicht nur die Anteile der Erneuerbaren am Stromverbrauch ein, sondern auch bei der Produktion von Energie zum Heizen und im Verkehr. Dort steigt der Verbrauch, während die Anteile der regenerativen Energien deutlich niedriger liegen als beim Strom: Im Bereich Wärme sind es lediglich rund 13 Prozent, beim Verkehr gar nur gut fünf Prozent. „Die nächste Bundesregierung muss den Ausbau erneuerbarer Energien deutlich beschleunigen und nachhaltig den Verbrauch senken, damit Deutschland seine Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union einhalten kann“, fordert BEE-Geschäftsführer Peter Röttgen.²⁹⁾

Wissenschaftler attestieren Merkel schon seit langem, dass die nationalen Klimaschutzziele mit den unter ihrer Führung angehäuften Versäumnissen nicht mehr zu erreichen sind. Ein Versagen, das besonders dramatisch ins Gewicht fällt, weil im Kampf gegen den Klimawandel die Zeit davonläuft. Bereits Anfang September prognostiziert die Politikberatung Agora Energiewende, was das Umweltministerium mit den internen Kalkulationen nach der Wahl bestätigt. Die Berliner Experten rechnen bei einem Rückgang von nur 30 bis 31 Prozent mit einer „krachenden Verfehlung des Klimaziels“, die weltweit für Aufmerksamkeit sorgen würde. Die tatenlose „Klimakanzlerin“ schadet Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Welt. „Bei nächster Gelegenheit wird Herr Trump uns das genüsslich unter die Nase reiben, nachdem er auf dem G20-Gipfel im Juli von Deutschland isoliert wurde“, fürchtet der Direktor von Agora Energiewende, Patrick Graichen.³⁰⁾



Quelle Grafik:

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Renewable_energy_statistics

28) Renewable Energy Statistics, Eurostat, (http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Renewable_energy_statistics)

29) „Deutschland verpasst EU-Ziel für erneuerbare Energien“, Zeit Online, 20.09.2017

30) „Deutschlands Klimaziel 2020 ist noch weiter weg als gedacht.“ Pressemitteilung Agora Energiewende vom 07.09.2017

Merkel bremst, der Klimawandel beschleunigt sich

Ein solcher Rückschlag würde die globalen Bemühungen um den Klimaschutz in einem entscheidenden Moment zurückwerfen. Denn während in vielen Staaten noch daran gearbeitet wird, die Beschlüsse des Klimaabkommens von Paris umzusetzen, schreitet die Erderwärmung schnell voran. Tropenstürme, Überschwemmungen und Waldbrände haben im zuende gehenden Jahr die Nachrichten beherrscht. Die beispiellose Häufung extremer Wetterphänomene steht nach Einschätzung vom Klimaforschern in Verbindung mit dem menschengemachten Klimawandel. „Wenn das Kohlendioxidniveau in der Atmosphäre immer neue Rekordmarken erreicht, ist die Wirkung menschlicher Aktivitäten auf das Klimasystem nur zu offensichtlich“, sagt Petteri Taalas, der Chef der Weltorganisation für Meteorologie.³¹⁾ Die letzten drei Jahre waren die heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Und obwohl die Wirkung des Wetterphänomens El Nino 2017 nachließ, wurden im Juli dieses Jahres erneut Rekordtemperaturen registriert.³²⁾

Die Kanzlerin für die Kohle – um jeden Preis

Wer da wirkungsvoll gegensteuern will, um die Klimakatastrophe abzuwenden, muss entschlossen handeln und darf auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken. Entschlossen handeln heißt: Schneller Ausstieg aus den fossilen Energieträ-

gern. Mindestens 80 Prozent der Kohlereserven, 40 Prozent des Gases und 40 Prozent des Öls müssten im Boden belassen werden, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, schätzt der renommierte Klimaökonom und Regierungsberater Ottmar Edenhofer. Seine dringende Empfehlung: „Wenn wir den CO₂-Ausstoß reduzieren wollen, muss der Anteil der Kohle am konventionellen Kraftwerkspark sinken. Und um das zu erreichen, gibt es nur ein wirksames Mittel, und das gilt für Deutschland wie für die ganze Welt: Kohle muss teurer werden. Ein CO₂-Preis schafft einen Anreiz, die erneuerbaren Energien auszubauen und zugleich Kohle zurückzufahren.“³³⁾

In Großbritannien hat ein 2013 eingeführter gesetzlicher Mindestpreis für den Ausstoß von CO₂ zum Rückgang des Kohlestromanteils maßgeblich beigetragen. Deshalb können die Briten am 21. April 2017 den Tag feiern, an dem erstmals seit Beginn der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert keine einzige Kilowattstunde Kohlestrom ins nationale Stromnetz fließt.³⁴⁾ Die deutsche Kanzlerin hat dagegen bislang stets dem Drängen von Konzernen, Gewerkschaften und Ministerpräsidenten nachgegeben, die bei Auflagen für die Kohleindustrie um Profite und Arbeitsplätze fürchten. So werden in ihrer Amtszeit in Boxberg, Neurath, Moorburg oder Hamm neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen, die noch Jahrzehnte klimaschädliche Treibhausgase ausstoßen sollen. „In einer aufgeheizten Situation möchte ich die Modernisierung von Kohlekraftwerken unterstützen“, erklärt Merkel als sie im August 2008 den Grundstein für das RWE-Kohlekraftwerk in Hamm legt. Proteste von Klimaschützern, die damals vorrechnen, dass die rund 30 geplanten Kraftwerksneubauten bis 2050 jedes Jahr rund 180 Millionen Tonnen CO₂ emittieren, lassen die Kanzlerin kalt.³⁵⁾



August 2006: Trotz massiver Proteste legt Bundeskanzlerin Angela Merkel den Grundstein für die neuen Braunkohleblöcke BoA 2&3 vom Energiekonzern RWE in Neurath.

31) „Climate breaks multiple records in 2016, with global impacts.“, Press Release WMO, 21.03.2017

32) „Juli-Temperaturen wieder auf Rekordhöhe“, Klimaretter.info, 16.08.2017

33) „Ich glaube an Wunder“, Der Spiegel 38/2015, S.42–43

34) Die Briten brauchen keine Kohle; Spiegel Online, 22.04.2017

35) „Kanzlerin adelt Kohlekraftwerke“, taz.de, 29.8.2009

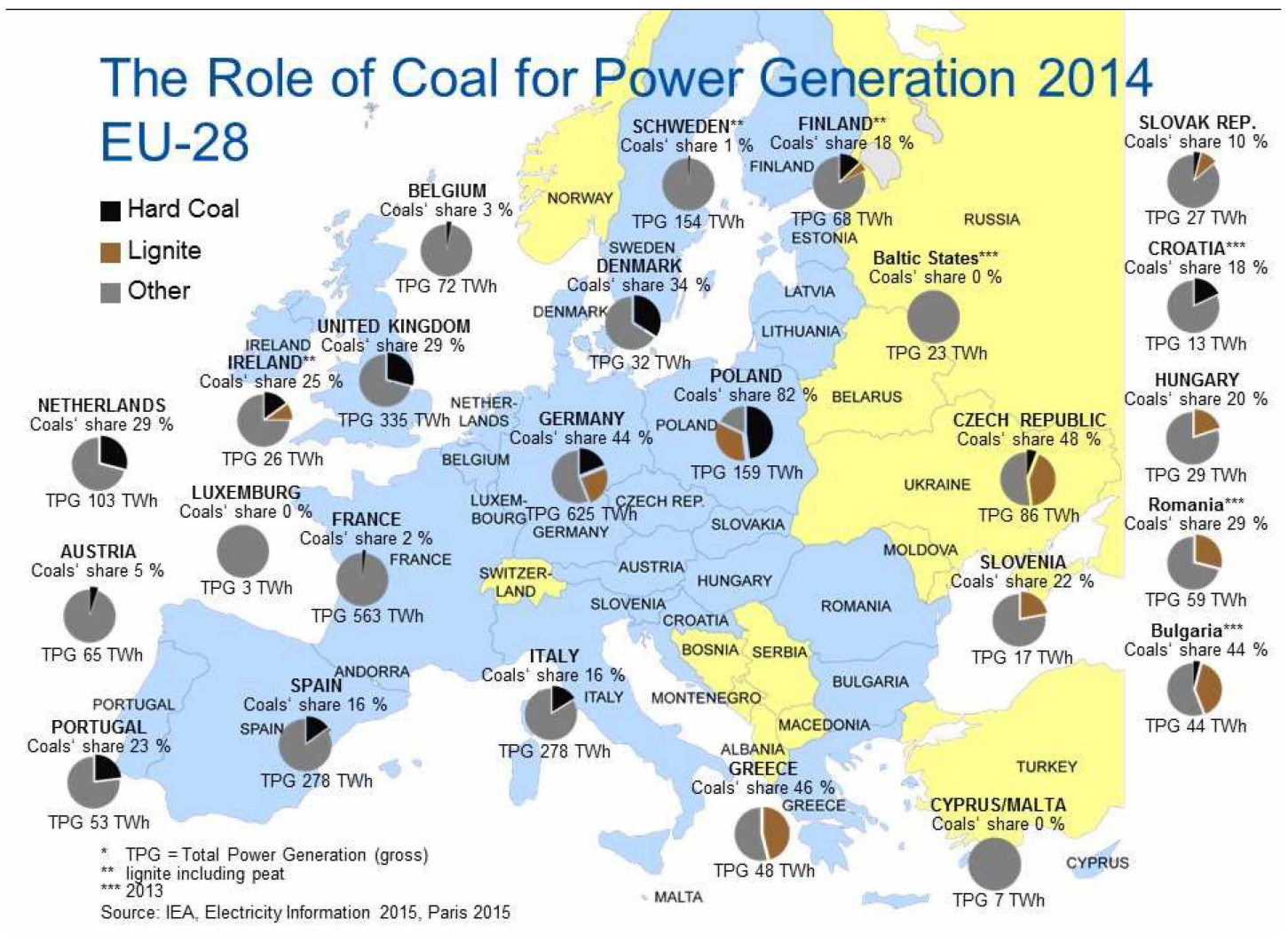
Mit einem Anteil von 44 Prozent des Stroms aus Kohlekraftwerken nimmt Deutschland im europäischen Vergleich inzwischen eine wenig schmeichelhafte Spitzenposition ein, die nur noch von Griechenland, Tschechien und Polen übertroffen wird.³⁶⁾

Weil die Kohlekraftwerke auch bei hoher Stromerzeugung aus Wind und Sonne nicht heruntergefahren werden, kommt es im deutschen Stromnetz regelmäßig zu einer Überproduktion. Der überschüssige Kohlestrom wird dann in die Netze der Nachbarländer eingespeist – etwa nach Frankreich, um dort Engpässe auszugleichen, die durch die Abschaltung überalteter Atommeiler entstehen. Die seit 2009 praktisch gleichbleibend hohe Kohlestrommenge hat Deutschland so zu einem Stromexporteur werden lassen, dessen Ausfuhren sich seit 2011 vervielfacht haben: Während 2011 nur etwa 6,3 Terawattstunden Strom ins Ausland geliefert wurden, waren es 2016 bereits 53,7 Terawattstunden – eine Menge, die der Stromerzeugung der fünf größten deutschen Atomkraftwerke entspricht.³⁷⁾ Das Festhalten der Kanzlerin am Kohlestrom, der in Deutschland längst nicht mehr gebraucht wird, leistet einen maßgeblichen Beitrag dazu, dass Deutschland

seine Ziele bei der Emissionsreduktion verfehlen dürfte – denn gemessen wird dort, wo der Strom erzeugt wird.³⁸⁾

Es sind nicht zuletzt die niedrigen Preise, die das deutsche Exportgeschäft mit dem schmutzigen Strom beleben. Denn der von der EU eingeführte Handel mit Verschmutzungszertifikaten hat angesichts des Preisverfalls in diesem Markt die intendierte Wirkung verfehlt. Doch während die britische Regierung mit ihrer nationalen Abgabe auf die mangelnde Wirksamkeit des EU-Emissionshandels reagiert hat, tut die deutsche Regierungschefin alles dafür, dass das europäische Instrument für den Klimaschutz wirkungslos bleibt.

Der Emissionshandel sollte das zentrale Klimaschutzinstrument in Europa werden. Doch die Einführung erweist sich als ein grandioser Fehlschlag. In der ersten Phase zwischen 2005 und 2007 werden 95 Prozent der Verschmutzungsrechte verschenkt. Und auch danach werden sie so großzügig ausgegeben, dass der Markt damit überschwemmt ist. Mit dem Überangebot ist der Preis eingebrochen, er liegt zurzeit bei gut sieben Euro pro Tonne



Quelle Grafik:
<https://www.iea.org/ciab/papers/EU-28.pdf>

36) „The Role of Coal for Energy Security in World Regions“, IEA Coal Industry Advisory Board, 2015

37) „Deutsche Stromexporte verzehnfacht“, RP Online, 25.08.2017

38) „Stromexport und Klimaschutz in der Energiewende – Analyse der Wechselwirkungen von Stromhandel und Emissionsentwicklung im fortgeschrittenen europäischen Strommarkt“, Agora Energiewende, 06/2015

CO₂³⁹⁾ – Klimaökonomen gehen davon aus, dass die Emissionszertifikate erst bei einem Preis von etwa 30 Euro die gewünschte Lenkungswirkung entfalten würden.⁴⁰⁾

Dem wochenlangen Streit um eine Reform des Emissionshandels der EU sieht Merkel 2013 tatenlos zu und nimmt damit billigend in Kauf, dass die deutschen Kohlekraftwerksbetreiber dank des Preisverfalls der Emissionszertifikate weiterhin keinen wirtschaftlichen Druck verspüren, die klimaschädlichen Anlagen stillzulegen.⁴¹⁾ Sie werden dank der gescheiterten Reform sogar noch mit Einnahmen in Milliardenhöhe belohnt: Zwischen 2008 und 2015 fließen durch Sonderrechte im EU-Emissionshandelsystem insgesamt 25 Milliarden Euro in die Kassen energieintensiver Unternehmen in den 20 wirtschaftsstärksten EU-Ländern, rechnet die Nichtregierungsorganisation Carbon Market Watch in einer 2016 veröffentlichten Studie vor.⁴²⁾

Ein Kanzleramt für die Konzerne

Die Konzerne könne die kohlefreundliche Politik der Kanzlerin getrost als Ergebnis einer erfolgreichen Lobbyarbeit verbuchen. Wie offen die Türen des Kanzleramts für die Vorstandschefs der großen Stromversorger sind, belegt die Antwort auf eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Marco Bülow: Danach traf sich die Regierungschefin in ihrer zweiten Amtsperiode 13 mal mit Energiemanagern zu vertraulichen Einzelgesprächen,

hinzu kamen ein Dutzend Gruppengespräche mit Branchenvertretern sowie regelmäßige Treffen mit Hildegard Müller, der Vorsitzenden der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft – vor ihrer Karriere als Cheflobbyistin hatte Müller von 2005 bis 2008 als Staatsministerin im Kanzleramt gearbeitet.⁴³⁾

Lars Göran Josefsson, der Chef des schwedischen Vattenfall-Konzerns, der jahrelang Braunkohlekraftwerke in Ostdeutschland betreibt, macht Merkel schon während ihrer ersten Amtsperiode im Dezember 2006 zum Berater der Bundesregierung beim Klimaschutz.⁴⁴⁾ Josefsson freut sich über den direkten Draht zur Kanzlerin, weil er ihr nun erklären kann, dass sich die Welt ohne Kohle nicht mit ausreichend Energie versorgen lässt. Das CO₂ aus den Abgasen müsse dabei abgetrennt und unterirdisch deponiert werden. „Wir müssen das saubere Kohlekraftwerk schnellstmöglich kommerzialisieren und großzügig der Welt zur Verfügung stellen“, lautet seine Empfehlung. Und auch für den Fall, dass dieses Konzept nicht trägt und der Klimawandel voranschreitet, hat der Kanzlerinnenberater einen Vorschlag: „Dann müssen wir die Dämme höher bauen.“⁴⁵⁾

Festhalten an der Braunkohle

Dem Vattenfall-Konzern bleibt die Kanzlerin auch noch verbunden, nachdem Josefsson dort 2010 den Chefessel geräumt hat.

DIES IST MERKELS KLIMABERATER! ERGEBNIS: IMMER MEHR KOHLEKRAFTWERKE!



KOHLE ZERSTÖRT DAS KLIMA!

www.greenpeace.de/vattenfall

GREENPEACE

Greenpeace Protest-Plakat gegen den Lobbyeinfluss der Kohleindustrie. Anlass ist die massive Einflussnahme von Vattenfalls Chef Lars Göran Josefsson für das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg im Jahr 2007, der zu der Zeit gleichzeitig Merkels Klimaberater war und seine Position als persönlicher Klimaberater der Kanzlerin für Konzerninteressen missbraucht hat. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich im Jahr 2007 persönlich für den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg eingesetzt.

39) Finanzen.net (<http://www.finanzen.net/rohstoffe/co2-emissionsrechte>)

40) „Emissionen müssen etwas kosten“, klimaretter.info, 04.02.2015

41) „Verrat am Klimaschutz“, Die Zeit 17/2013, 18.04.2013

42) „Großindustrie macht 25 Milliarden Euro mit Luftverschmutzung“, Spiegel Online, 02.12.2016

43) Offene Türen für Kohlelobbyisten, kontextwochenzeitung.de, 04.12.2013

44) „Lars G Josefsson to advise German Chancellor on climate issues“, Vattenfall Press Release, 01.12.2006

45) „Ein Mann macht Kohle“, Die Zeit, 16/2007, 12.04.2007, S. 28

Als seine Nachfolger und vor allem der schwedische Staat als Eigentümer des Stromkonzerns den Betrieb von Braunkohlekraftwerken für klimapolitisch nicht länger verantwortbar halten und keine profitable Perspektive mehr für die Braunkohle sehen, lässt Merkel zu, dass Vattenfalls Braunkohlesparte in der Lausitz mit dem Verkauf 2016 in die Hände zweifelhafter Finanzinvestoren fällt.⁴⁶⁾

Die einmalige Chance, die Kraftwerke und Tagebaue in eine staatliche Stiftung zu überführen, die Emissionen von 65 Mio. Tonnen CO₂ in den folgenden Jahren Schritt für Schritt reduzieren und einen sozialverträglichen Strukturwandel in der Region zu gewährleisten, verstreicht so ungenutzt. Greenpeace Nordic war mit einem entsprechenden Angebot in den Bieterkampf gegangen, konnte sich aber nicht durchsetzen.⁴⁷⁾

Statt den vom anstehenden Strukturwandel in den Braunkohleregionen betroffenen Menschen direkt zu helfen, lässt die Kanzlerin lieber einen warmen Geldregen über den Energiekonzernen niedergehen, um sie dafür zu entschädigen, dass sie über sieben Jahre acht Kraftwerksblöcke abschalten und in eine sogenannte Notfall-Reserve überführen. Dafür fließen ab Oktober 2016 insgesamt 1,6 Milliarden Euro in die Kassen von RWE, LEAG und Mibrag. Ein teurer Deal, der eine Reduktion der CO₂-Emissionen um gerade einmal 12,5 Millionen Tonnen CO₂ einbringt.⁴⁸⁾

Staatshilfe für die Klimakiller

Weitaus höher als die Milliardenhilfe an die Stromkonzerne für den Teilausstieg aus der Braunkohle fallen allerdings die Subventionen aus, mit denen die Bundesregierung unter Führung der „Klimakanzlerin“ noch immer den Verbrauch fossiler Brennstoffe fördert. Nach aktuellen Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag von Greenpeace wird der Abbau und das klimaschädliche Verbrennen von Kohle, Öl, und Gas in Deutschland pro Jahr mit 46 Milliarden Euro unterstützt.⁴⁹⁾ Während Merkel im Bundeshaushalt auf die schwarze Null setzt, ist ihre Bilanz beim Klimaschutz auch gemessen am finanziellen Einsatz tiefrot: Denn die Fördermittel des Bundes für Beihilfen, Forschung und Investitionen für den Klimaschutz die sich nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2015 auf 6,5 Milliarden Euro addierten, nehmen sich neben der Staatshilfe für die Klimakiller recht bescheiden aus.⁵⁰⁾

Hauptnutznießer der fossilen Subventionen ist mit 28,5 Milliarden Euro der Verkehr. Die Steuerbefreiung für Flugbenzin schlägt mit 7,5 Milliarden zu Buche, die Entfernungspauschale mit gut fünf Milliarden, die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge mit 4,4 Milliarden und das Dienstwagen-Privileg mit drei Milliarden. Mit knapp acht Milliarden Euro ist der künstlich verbilligte Diesel die größte Einzelsubvention.

Vorfahrt für den Verbrennungsmotor

Nachdem mit dem Abgasskandal die engen Verflechtungen der Bundesregierung und ihren untergeordneten Behörden mit der Autoindustrie offenkundig geworden sind, ist es kein Wunder, dass die Kanzlerin in den zwölf Jahren nichts unternommen hat, um diese klimapolitische Fehlsteuerung zu beenden.

Schließlich haben die Interessen der deutschen Hersteller, die vor allem mit emissionsstarken Limousinen und SUVs ihr Geld verdienen, für Merkel stets Vorrang vor dem Klimaschutz. Deshalb hat sie auch alle Versuche aus Brüssel abgewehrt, eine Regulierung mit Abgasgrenzwerten durchzusetzen, die die Profitabilität der deutschen Autoindustrie geschmälert hätte. Und das mit Methoden, die EU-Beamte und Vertreter anderer Mitgliedstaaten schon mal als „Erpressung“ charakterisieren. So setzt die Kanzlerin etwa 2013 bei den Beratungen über Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß für Autos erst Sonderregeln für die deutschen Hersteller durch – und verhindert dann, dass die noch fehlende Abstimmung über die EU-Richtlinie im Ministerrat stattfindet.

Dabei lässt sie sich bereitwillig vor den Karren der mächtigen Autolobby spannen. Schließlich führt mit Ex-Verkehrsminister Matthias Wissmann ein CDU-Parteifreund den Verband der Automobilindustrie (VDA) an, der enge Kontakte ins Kanzleramt pflegt. Vertreter von Mitgliedstaaten werden in Gesprächen von den deutschen Kollegen darauf hingewiesen, dass strengere Auflagen für die deutschen Hersteller auch deren Werke treffen könnten, die etwa in Portugal oder Osteuropa stehen. Am Ende finden sich unter den EU-Mitgliedern genug Unterstützer, um die strenge Abgasrichtlinie bis auf weiteres auf Eis zu legen.⁵¹⁾ Ähnlich zuvorkommend geht die Kanzlerin mit der heimischen Autoindustrie um, wenn es darum geht, klimaschonende Mobilitätskonzepte durchzusetzen. Denn die Hersteller wollen auf das einträgliche Geschäft mit den von Verbrennungsmotoren angetriebenen Oberklassemodellen nicht verzichten und haben Milliarden in die Entwicklung von Dieselmotoren investiert, die erst noch wieder hereingeholt werden sollen. Dabei hatte sich die Klimakanzlerin eigentlich auf die Fahne geschrieben, bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen zu bringen. Doch die Industrie, die den kostspieligen Umstieg auf eine neue Technologie fürchtet, zieht nicht mit – und die halbherzig agierende Kanzlerin lässt sie gewähren.

So erreichen die Zulassungszahlen für Benziner und Diesel 2016 neue Rekordwerte: Von den 3.285.904 neu zugelassenen Fahrzeugen waren 47.996 Autos mit Hybridantrieb, und gerade einmal 11.410 Elektroautos. Der Anteil der E-Mobile und Plugin-Hybride lag damit am 1. Januar 2017 bei kümmerlichen 0,1 Prozent der insgesamt mehr als 45 Millionen zugelassenen PKW – die eine Million liegt damit noch in weiter Ferne.⁵²⁾

46) „Vattenfall verkauft Braunkohlesparte an tschechische Firma“, Spiegel Online, 18.04.2016

47) „Greenpeace Nordic: Vattenfalls Braunkohlesparte in Stiftung überführen“, Presseerklärung Greenpeace, 20.10.2015

48) „Teilausstieg aus der Braunkohle besiegelt“, Faz.net, 24.10.2017

49) „Subventionen für fossile Energien in Deutschland. Beitrag für eine transparente Berichterstattung im Rahmen der G20“, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace, Juni 2017

50) „How Large Are Global Energy Subsidies?“, IMF Working Paper WP/15/105

51) „Gift für das Klima“, Die Zeit 37/2013, 05.09.2013, S.26–27

52) „Eine Million Elektroautos bis 2020 – schaffen wir das?“, Spiegel Online, 29.08.2017

Fazit: Wirtschaftsinteressen gehen vor, der Klimaschutz bleibt auf der Strecke

Es sind nicht zuletzt die Versäumnisse Merkels in der Verkehrspolitik, die nun den Ausstoß der Treibhausgase in Deutschland wieder steigen lassen. Mit einem Zuwachs von 3,4 Prozent sind die Emissionen im Verkehrssektor 2016 stärker gewachsen als in anderen Bereichen. Dafür ist vor allem der höhere Dieselverbrauch verantwortlich, hinzu kommt der Straßengüterverkehr, der um 2,8 Prozent zugelegt hat, während der klimafreundliche Schienengüterverkehr zurückfällt. „Die Klimagasemissionen des Verkehrs liegen mittlerweile 2 Millionen Tonnen über dem Wert von 1990. Wenn sich im Verkehrssektor nicht bald etwas bewegt, werden wir unsere Klimaschutzziele verfehlen“, warnt die Präsidentin des Umweltbundesamts Maria Krautzberger. Die Effizienzsteigerungen bei Fahrzeugen seien durch das Verkehrswachstum auf der Straße verpufft. Ihre Empfehlung: „Das Dieselsteuerprivileg wie auch andere Privilegierungen sollten daher nach und nach abgeschafft werden.“⁵³⁾

Allen großen Worten und lobenswerten internationalen Initiativen zum Trotz hat Angela Merkel beim Klimaschutz im eigenen Land in den zwölf Jahren ihrer bisherigen Regierungszeit nur wenig erreicht. Und es steht zu befürchten, dass die „Klimakanzlerin“ auch in ihrer vierten Amtsperiode nicht entschlossen genug handeln wird, um ihre politischen Versprechen einzulösen.

Immer wieder hat sie als Regierungschefin Wirtschaftsinteressen den Vorrang vor wirksamem Klimaschutz eingeräumt: Der dringend notwendige Ausstieg aus der Kohleverstromung wurde weit nach hinten verschoben; der Emissionshandel ist mangels politischen Gestaltungswillens zu einem wirkungslosen Instrument verkommen; der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ins Stocken geraten.

Ohne Rücksicht auf den Klimaschutz hat Merkel sich vor den Karren der Industrielobby spannen lassen und die Interessen der heimischen Autokonzerne in Brüssel vertreten, wenn es galt Emissionsgrenzwerte aufzuweichen. Sie hat zugelassen, dass die nachlässige Kontrolle der Abgaswerte in den Dieselskandal mündete; derweil ist das erklärte Ziel, auf Deutschlands Straßen bis 2020 eine Million Elektroautos rollen zu lassen, mangels einer entschlossenen Verkehrspolitik, die einen Aufbau der Ladeinfrastruktur und vernetzter Mobilitätsangebote erfordert hätte, nur noch eine Farce.

Angesichts dieser Ankündigungspolitik, der unter Führung der Bundeskanzlerin keine Taten folgen, verspielt Deutschland international seine Glaubwürdigkeit und droht seine Vorreiterrolle beim internationalen Kampf für den Klimaschutz zu verlieren. „Wer ist der führende Öko-Vandale der Welt?“, fragte George Monbiot, der Kolumnist des „Guardian“ im September vor der Bundestagswahl – und lieferte eine unmissverständliche Antwort: „Es ist Angela Merkel. Ignoriert ihre Reputation als Unterstützerin grüner Initiativen“, forderte Monbiot seine Leser auf. „Die Bilanz der deutschen Kanzlerin in der Umweltpolitik ist ein Desaster.“⁵⁴⁾

53) „Klimabilanz 2016: Verkehr und Kühle Witterung lassen Emissionen steigen“, Presseerklärung Umweltbundesamt, 20.03.2017

54) „Who's the World's leading eco-vandal? It's Angela Merkel“, Theguardian.com, 19.09.2017

Was jetzt zu tun ist: Die Forderungen von Greenpeace

Schneller Ausstieg aus der Kohle

Greenpeace fordert ein Kohleausstiegsgesetz, in dem festgelegt wird, dass bis spätestens 2030 das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gegangen ist. Der Ausstieg aus der fossilen Energienutzung muss jetzt beginnen. Wichtig für ein klimaverträgliches Gesamtbudget ist die Anfangsphase. Besonders dreckige Braunkohlekraftwerke müssen sofort stillgelegt werden.

Umbau des Energiesystems

Der Umbau der Energieversorgung in so kurzer Zeit ist die gesellschaftspolitische Herausforderung. Ein schneller Umstieg ist sinnvoll, da so die Klimaschäden und Kosten vor allem für künftige Generationen vermindert werden. Klimaschutz braucht den Kohleausstieg.

Energiewende im Verkehrssektor

Ab 2025 dürfen keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden. Der Verkehr in den Städten muss ab 2030 vollständig emissionsfrei sein.

Reform der Landwirtschaft

Der Konsum von Fleisch muss sinken und die Massentierhaltung beendet werden.

Stärkung der Forstwirtschaft

Mehr und stärker wachsende Wälder in Deutschland sollen einen größeren Beitrag zur Verbesserung der Klimabilanz leisten.



Dezember 2009: Am Flughafen in Kopenhagen wirbt Greenpeace für den Klimaschutz. Dort werden die Staats- und Regierungschefs in den nächsten Tagen zur Klimakonferenz anreisen. Plakate zeigen die Politiker, so wie sie gealtert im Jahr 2020 aussehen könnten. Im Text der Plakate heißt es: „Es tut mir leid, wir hätten die Klimakatastrophe stoppen können... Wir haben es nicht geschafft.“ Die Plakatkampagne schließt mit dem Aufruf: „Handeln Sie jetzt: Ändern Sie die Zukunft.“

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Rund 580.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

Impressum

Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, Tel. 040/3 06 18-0 **Pressestelle** Tel. 040/3 06 18-340, F 040/3 06 18-340, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0 **V.i.S.d.P.** Karsten Smid **Fotos** Titelfoto Gordon Welters/Greenpeace, S.4 Greenpeace, S.11 REUTERS/Ina Fassbender, S.13 Greenpeace, S.17 Christian Åslund/Greenpeace **Infografik (S. 8)** Henning Thomas **Gestaltung** Klasse 3b